

Source: Neue Südtiroler Tageszeitung Date: 20.06.2017



von Matthias Kofler

Statt mit einem gemeinsamen Vorschlag für ein erarbeitetes Autonomiestatut endet der Autonomie-Konvent mit einem (nur von den deutschen Repräsentanten) mitgetragenen Abschlussdokument und fünf (italienischen) Minderheitenberichten.

Die Juristen Esther Happacher, Renate von Guggenberg und Roberto Toniatti waren vonseiten des Konvents-Präsidiums beauftragt worden, einen Vorschlag für das Abschlussdokument zu erarbeiten. Das Enddokument des Autonomiekonvents enthält Vorschläge zu den Bereichen Präambel, institutionelle Organisation, internationale Beziehungen und Europäische Union, Beziehungen zum Staat, Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie, Minderheitenschutz, Finanz- und

Eklat im Autonomie-Konvent: Die italienischen Vertreter weigern sich, das Abschlussdokument mitzutragen – weil SVP und Schützen darin die Selbstbestimmung und die Auflösung der Region fordern.



Roberto Bizzo, Laura Polonioli, Riccardo Dello Sbarba, Roberto Toniatti und Maurizio Vezzali kündigten daraufhin einen Minderheitenbericht an, der ebenfalls Teil des Enddokuments sein wird. Neben der Selbstbestimmung stößt den Italienern auch die Forderung nach der Abschaffung der Region und des Regierungskommissariats sauer auf. Dafür haben es jene Punkte, die Bizzo, Polonioli und Co. besonders am Herzen liegen – sprich mehrsprachige Schule oder Abschaffung des ethnischen Proporz – nicht ins eigentliche Abschlussdokument geschafft. Die „Deutschen“ im Konvent sind nicht bereit, diese heiligen Kühe zu schlachten. „Dass die Minderheiten

„Dass die Minderheiten Vorstößen, an der Berechtigung des Autonomiestatutes kratzen, nicht zustimmen, dürfte eigentlich nicht verwundern.“

Tony Tschenett

Die geteilte Autonomie

Steuerautonomie und zu Durchführungsbestimmungen. Ebenso enthält der Vorschlag Anpassungen der bereits erfolgten substantiellen Änderungen.

Die Juristen betonten, dass sie sich bei der Ausarbeitung des Dokuments

an streng fachliche Kriterien gehalten haben und nur jene Punkte festgehalten wurden, bei denen Konsens herrschte bzw. eine weitreichende Übereinstimmung erzielt wurde.

Das Dokument ging der SVP rund

um Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder aber nicht weit genug. Gemeinsam mit den Schützen forderten die SVP-Vertreter in der Sitzung vom vergangenen Freitag, dass auch die Selbstbestimmung ins Dokument mitaufgenommen werde.

Vorstößen, die nicht nur erworbene Rechte der Minderheiten aushöhlen, sondern auch an der Berechtigung des Autonomiestatutes kratzen, nicht zustimmen, dürfte eigentlich nicht verwundern“, meint der ASGB-Vorsitzende Tony Tschenett, der ebenfalls im Konvent sitzt. Es scheint so, als endete der Konvent mit zwei verschiedenen Statuten – und mit einer ethnisch gespaltenen Autonomie.

Die Arbeiten des Konvents der 33 werden am 30. Juni abgeschlossen. Über die Sommermonate wird das Dokument redigiert und in die drei Landessprachen übersetzt. Am 22. September wird eine Abschlussveranstaltung des Autonomiekonvents am Landtag stattfinden. Dort wird das Enddokument zusammen mit jenem des Forums der 100 offiziell vorgestellt und an den Landtag übergeben.

„Man will die Italiener entfernen“

Maurizio Vezzali, ehemaliger Landtagspräsident und Mitglied des Konvents, fährt schweres Geschütz gegen die SVP auf – und wirft ihr vor, das **Land spalten** zu wollen.

Tageszeitung: Herr Vezzali, sind auch Sie gegen das Abschlussdokument des Autonomie-Konvents?

Maurizio Vezzali: Gegen die Grundausrichtung dieses Dokuments ganz sicher! Ich habe immer gesagt, dass wir über einen Ausbau der Autonomie und der autonomen Kompetenzen des Landes gerne diskutieren können. Eine ganz andere Sache ist es aber, wenn man das Statut praktisch zu einer neuen Verfassung umwandeln will. Man hat klar verstanden, warum es der Mehrheit im Konvent geht: nämlich darum, sich von diesem Staat abzukoppeln. Es wäre Zeit, die Pläne offen auf den Tisch zu legen und zu sagen: „Wir wollen einen unabhängigen Staat gründen.“
Wie kommen Sie darauf?

Dies wird nicht nur beim Blick auf die Präambel im Abschlussdokument offensichtlich, sondern auch bei der Betrachtung der zentralen Forderungen: Man will die Selbstbestimmung ins Statut aufnehmen, die Kontroll- und Entscheidungskompetenzen des Verfassungsgerichts und des Rechnungshofs einschränken. Hinter der als Vollautonomie ausgegebenen Zielsetzung steckt in Wirklichkeit der Wunsch, die Provinz zu einem unabhängigen Staat zu machen.

Eine zentrale Forderung ist die Abschaffung der Region ...

Ich würde mir wünschen, dass man hier einen Mittelweg einschlägt. Es ist klar, dass die Region in ihrer heutigen Form keinen Sinn mehr hat. Sie ist eine leere Schachtel, eine Art Bankomat-Schalter. Deshalb wäre es sinnvoll, die Region umzuwandeln, damit sie als Bindeglied zwischen den beiden Provinzen fungieren kann. Man kann die Region heute nicht einfach so abschaffen. Auch andere Forderungen wie jene nach der Landespolizei oder der Steuerhoheit der Gemeinden zielen in Wirklichkeit darauf ab, dem Staat zu verstehen zu geben, dass man wegwill.

Sie glauben: Auch die SVP will einen unabhängigen Staat gründen?

Die SVP will das Dokument in Rom als Druckmittel verwenden, um neue Kompetenzen einzufordern. Das ist die wahre Absicht hinter dem Konvent. Das sieht man schon an der Zusammensetzung des Konvents, in der die Zivilgesellschaft nicht richtig repräsentiert wird. Es ist schlimm zu hören, dass der Kon-

vent von den Schützen besetzt worden sei. Das stimmt so überhaupt nicht! Es ist die SVP, welche die Linie vorgibt – und nicht die Schützen. Die Forderungen nach Selbstbestimmung oder Auflösung der Region kommen von der SVP Florian von Ach (der ehemalige Schützen-Bundesgeschäftsführer) hat seine Forderungen mit dem Hinweis zurückgezogen, dass jene der SVP noch besser seien. Damit ist schon alles gesagt.

Das überarbeitete Statut muss vom Landtag, dem Regionalrat und dem römischen Parlament gutgeheißen werden. Wie hoch schätzen

Sie die Chancen ein, dass das klappen wird?

In dieser Form bringt der Konvent wenig bis nichts. Es gibt kein gemeinsames Abschlussdokument, weil man sich auf keine gemeinsame Linie einigen konnte. Wenn jemand A sagt und der andere D, dann hat das keinen Sinn. Es fanden durchaus interessante Diskussionen statt, sei es im Konvent der 100 als auch im Forum der 33. Doch der Konvent wird am Ende nichts entscheiden, sondern nur den Willen eines Teils der Mitglieder bekunden. Dieses Dokument kommt dann in die Region, wohl wissend, dass die Provinz Trient ganz andere Zielsetzungen präsentieren wird. Am Ende wird das Dokument dann sicher in irgendeine Schublade in Rom gesteckt. Die SVP wird dieses Dokument immer dann hervorholen, wenn sie nach Rom fährt, um neue Forderungen aufzustellen. Sie wird 100 einfordern, um 80 zu bekommen.

Was sind die zentralen Forderungen der Italiener im Konvent?

Eine zentrale Forderung betrifft den Artikel 19 des Statuts (muttersprachlicher Unterricht, A.d.R.). Hier sind Anpassungen vorzunehmen, um endlich die Trennung im Lande zu überwinden. Es geht hier nicht darum, dass sich eine Gruppe der anderen unterordnen muss oder die eine von der anderen Gruppe assimiliert wird, sondern darum, die Teilhabe der einen Gruppe an der jeweils anderen Gruppe zu erweitern.

Wie stehen Sie zum Proporz?

Das ist eine komische Sache. Heute wird ja argumentiert, dass der Proporz dem Schutz der italienischen Sprachgruppe dient. Ich glaube aber, dass der Proporz abgeschafft werden sollte, damit das Leistungsprinzip zum Tragen kommen kann. Zudem gibt es in Südtirol mittlerweile viele neue ethnische Gruppen. Diese mit dem heutigen Proporzsystem zu berücksichtigen, wird sehr schwer.

Werden Sie einen Minderheitenbericht vorlegen?

Ja, das werde ich! Ich finde es sehr schade, dass der Konvent in keiner Weise die Trennung im Lande überwinden will. Dabei kann man heute schon sagen, dass die Italiener nicht so böse sind, wie man meinte. Ich habe aber den Verdacht, dass man versuchen will, die Italiener zu entfernen oder sie zu Menschen der Serie B zu degradieren. Das tut mir sehr leid.



Maurizio Vezzali:
„Wir sind nicht so böse“

Interview: Matthias Kofler

Der „italienische“ Entwurf

Riccardo Dello Sbarba (Grüne) und Laura Polonioli (PD) legen einen **Gegenvorschlag** für die Statutenreform vor.

(mat) Riccardo Dello Sbarba findet harte Worte: „Die ethnische Spaltung im Statut zeigt das eklatante Scheitern des Konvents und der SVP-PD-Mehrheit auf, die diesen Konvent zuerst eingerichtet und danach in den Abgrund gestoßen hat.“

Gemeinsam mit der PD-Vertreterin und Konvents-Vizepräsidentin Laura Polonioli legt der Grüne einen Minderheitenbericht zum Abschlussdokument mit Gegenvorschlägen vor. Dieser Bericht basiert auf sieben Dokumenten, die im Zuge der Arbeiten des Konvents verfasst wurden. In der Präambel des Grünen-Vorschlags wird die Autonomie als „einziger Weg für das friedliche Zusammenleben“ beschrieben.

„Wir müssen ein für alle Mal Nein zur Selbstbestimmung sagen“, fordert Dello Sbarba. Laut dem Grünen muss die Autonomie nun, nach Jahren des Kampfes



Riccardo Dello Sbarba



Laura Polonioli

zwischen Bozen und Rom, weiterentwickelt werden, „und zwar innerhalb der Südtiroler Gesellschaft“. „Die Mitbürgerinnen und Mitbürgern bilden gemeinsam ein nicht gespaltenes Südtirol/Südtirol, ein gemeinsames Haus der Italiener, Deutschen, Ladiner und neuen Mitbürger; ein vielsprachiges und multikulturelles Südtirol“, so Dello Sbarba.

Im Minderheitenbericht wird die Autonomie als „modern und europäisch“ definiert: Je mehr Kompetenzen ans Land übergangen, desto demokratischer müsse die Autonomie werden. Dello Sbarba und Polonioli sprechen sich gegen einen Zentralismus auf Landesebene aus und fordern ein „offenes und europäisches Zusammenleben, in dem so gut wie möglich die eth-

nischen Trennungen überwunden werden“.

Einige zentrale Forderungen des Minderheitenberichts sind die Freiheit der Schulen beim Sprachenlernen, die mehrsprachige Schule als zusätzliches Angebot zur Muttersprachenschule, die Überwindung des Proporzsystems, wo der Proporz erreicht wurde, die Abschaffung der vierjährigen Ansässigkeitspflicht beim Wahlrecht, die Flexibilität bei der Sprachgruppenerklärung und bei der Volkszählung, die Direkte Demokratie, der Ausbau der Kompetenzen der Gemeinden sowie das Sonderstatut für die Landeshauptstadt Bozen. Die Region soll „in leichter Form“ fortbestehen und ihre legislativen Funktionen beibehalten. Zudem sollen die Richter am Verwaltungsgericht nicht mehr politisch nominiert, sondern in einem Wettbewerb ermittelt werden. Die Durchführungsbestimmungen sollen künftig vor der Genehmigung in Rom vom Landtag begutachtet werden, fordert Riccardo Dello Sbarba und Laura Polonioli.